

Die Corona-Ökonomie erwacht

Die Epidemiapolitik hat horrenden Belastungen gebracht, weil die Kosten-Nutzen-Frage tabu war.



Die Ökonomie hat in der Corona-Zeit nicht einen besonders starken Eindruck gemacht, vor allem im Vergleich mit der Epidemiologie. Natürlich, wenn es um Leben und Tod geht, ist die Frage nach Nutzen und Kosten für viele tabu, da heisst es: Leben retten um jeden Preis, voller Einsatz, nicht fragen, wieweit sich dies lohnt. Während der Coronapandemie war das die vorherrschende Stimmung in der Politik und der Öffentlichkeit. Nur vereinzelt kamen ab dem ersten Shutdown im März/April 2020 Fragen nach den Kosten der Epidemiemassnahmen auf – und damit die Frage nach dem umfassenderen Nutzen-Kosten-Verhältnis.

Antworten darauf wären am ehesten von der Ökonomie zu erwarten gewesen, das ist ja ihr Kerngeschäft. Das Thema blieb jedoch vernachlässigt. Die Frage, wie viel die Rettung eines Menschenlebens oder der Gewinn eines Lebensjahres kostet oder kosten darf, wo die Verhältnismässigkeit aufhört, wurde nur vereinzelt aufgebracht, etwa vom Basler Gesundheitsökonom Stefan Felder.

Jetzt wird diese Debatte breiter geführt, die Corona-Ökonomie erwacht. Die an der Universität Luzern tätigen Gesundheitsökonom Konstantin Beck und Werner Widmer haben ihr 2020 erschienen Buch «Corona in der Schweiz» aufdatiert und zu einer Art Bilanz der Pandemiezeit ausgebaut. Ihr Befund, kurz gesagt: Die Politik hat mit ihren Massnahmen horrenden Kosten erzeugt, wenn man diese mit dem Nutzen daraus vergleicht.

Auf der Kostenseite stehen die im Gesundheitssystem angefallenen Corona-Kosten plus

die Staatshilfen wie Kurzarbeit, Garantien für Überbrückungskredite, Erwerbsausfallentschädigung, spätere Notfallmassnahmen, dazu private Kosten – alles in allem in der Höhe von vielleicht 100 bis 120 Milliarden Franken.

Und was steht auf der Nutzenseite? Im Prinzip der Gesundheitsschutz, vor allem der Wert der durch die Massnahmen gewonnenen Lebensjahre. Die Autoren rechnen zehn Varianten durch mit unterschiedlichen Annahmen zu Altersverteilung, Lebenserwartung, Mehrfacherkrankungen, Sterblichkeit et cetera. Und nur bei einer einzigen Variante erscheint der Nutzen grösser als die Kosten: unter der Annahme, dass Covid tödlich sei auch für rundum Gesunde. Bei allen anderen Varianten liegt der Nutzen 40 bis gut 100 Milliarden Franken unter den Kosten. «Vernichtend», lautet das Urteil von Beck und Widmer.

Aber es gibt doch die Ökonomie-Experten-gruppe der Bundes-Covid-Task-Force, heute unter der Leitung des Lausanner Ökonomieprofessors Marius Brühlhart. Was sagt diese? Nicht viel. Die hoheitlich eingebundenen Ökonominen und Ökonomen wichen einer gründlichen Beurteilung der Corona-Politik und einer Debatte darüber aus. Sie fuhren einen Kuschelkurs.

Anfang 2021 dann legten sie auf Anfrage der Verwaltung «eine volkswirtschaftliche Analyse der Taskforce über die Notwendigkeit und die Konsequenzen der bisher beschlossenen Massnahmen» vor. Sie konzentrierten sich dabei auf die Frage, welche Shutdown-Massnahmen Anfang 2021 wie sinnvoll seien. Der erste Teil der Pandemie blieb also ausgeblendet. Die An-

nahmen sorgten dafür, dass der Wert der gewonnenen Lebensjahre und damit der Nutzen hoch ausfielen. Und Staatshilfen sahen sie auch als Investitionen. So kamen sie zu einem positiven Nutzen-Kosten-Verhältnis und gaben den bundesrätlichen Massnahmen gute Noten.

Im Gesundheitswesen ist das Abwägen zwischen konkurrierenden Zielen unumgänglich: Geld für die eine Behandlung fehlt beim anderen Patienten. Dieses Bewusstsein ging in der Pandemie unter. Corona riss alles an sich, als ob da Kosten, Budgetgrenzen, Knappheiten keine Rolle spielten. Die Ökonomen haben wenig getan, um den Epidemiologen und Virologen Grenzen aufzuzeigen und klar zu machen, dass Kostenbewusstsein nötig ist zum Entscheiden.

Impfung gegen Inflation

«Die Inflation lebt», «Börsen in der Inflationsfalle», «Joe Biden und das Gespenst der Inflation»: Das sind einige Schlagzeilen der jüngeren Zeit. In den USA stieg die Inflationsrate auf 4 Prozent, Europa erlebt einen kräftigen Anstieg. Könnte nun also doch eine Preissteigerungsspirale entstehen, die der Kontrolle der Zentralbanken irgendwann entgleitet? Die Experten betonen oft, die Entwicklung der Inflation sei eine Frage der Erwartungen der Leute. Sobald sich der Mainstream auf steigende Preise einstelle und das Geld lieber heute als morgen ausbebe, entstehe Auftrieb. Viele stecken sich dabei gegenseitig an. Kann man sich davor schützen, gibt es eine Art Impfung? Ja. Es ist der technische Fortschritt, der viele Güter laufend günstiger macht. Der Hauptlieferant dieser Impfstoffe ist seit langem China.